

Volks-Zeitung

Die Note der Entente.

Zusammentritt des außerpolitischen Ausschusses.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten ist, wie das „E.“ erzählt, für den kommenden Dienstag nach Berlin einberufen worden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dabei die Stellungnahme der Reichsregierung zur neuen Note der Entente über die Reichsverfassung weiter werden wird.

Deutsch über St. Germain.

Die jahrzehntelange Anklagefrage.

Wien, 12. September. (Aber-Zur.) Wie aus Salzburg gemeldet wird, sprach bei Staatsrat Dr. Deutsch in einer jugoslawischen Versammlung, die auch von Angehörigen der südslawischen Parteien besucht war, über den Frieden und die Zukunft Oesterreichs. Er erklärte: Der Friede von St. Germain ist ein Mord- und Vergewaltigungsbrot. Die Völker Oesterreichs wollen diesen Krieg nicht. Verschieden haben sie die Imperialisten, die Großindustrialen der Habsburger und die unglücklichen Diplomaten. Die Anklagefrage sei nicht ernstlich der Umwälzung aufgegeben, sondern von den sozialdemokratischen Führern schon vor Jahrzehnten verfochten worden. Aus all dem glaubt der Gegenpart komme nur durch Arbeit auf der Grundlage demokratischer Methoden heraus. Der Gegner fordere zur Arbeit und zur Verteidigung der Republik gegen die Reaktion und monarchistischen Bestrebungen auf.

Wien, 12. September. (E. L.)

Staatskanzler Dr. Renner hat gestern bereits die Beratungen mit den einzelnen Parteien an die Arbeit genommen, um die, durch den Friedensvertrag notwendige Verfassungsänderung in der Nationalversammlung vorzubereiten.

Das Tschechener Problem.

Entwählung in Prag.

Prag, 12. September.

Das tschechoslowakische Vorkriegsbüro meldet: Die tschechische Bewegung über die Entwählung in der Tschechener Frage ist allgemeine Enttäuschung und Bewegung hervor. Die tschechische Frage selbst die Notwendigkeit, Ruhe und Gerechtigkeit zu bewahren. Die Regierung übt auch weiterhin in Paris an der Erhaltung der Tschechener Gebiete arbeiten. Der tschechoslowakische Nationalrat beruht ein Mann ist als das Volk von „Pravo“ mehrmals Intes Beweigung der tschechischen Parteien der Nationalversammlung und unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Luder fand am Nachmittag ein Ministerialrat statt. Als eine gewisse Befreiung der Situation sieht man die Entwählung, das tschechische Volk, an die Tschechener Entscheidung ist also nicht für die tschechische Bewegung der tschechoslowakischen Vorkriegsbüro. Wieder die Regierung noch die Parteien denken an einen tschechischen Konflikt mit Polen, aber auch nicht an die Herausgabe Tschechiens. In der Konferenz wurde über die Vorbereitung des tschechischen Verhältnisses verhandelt.

Klage der Vergessenen.

Montenegro meldet sich.

Paris, 12. September.

Die montenegrinische Regierung richtete an die Friedenskonferenz und an die Regierungen der Großmächte einen Protest wegen der Nichtbeachtung Montenegros zur Unterzeichnung des österreichischen Friedensvertrages, obgleich sich dieser Staat von Anfang an freiwillig aufgegeben hat. Inzwischen sind mehr als 40 Prozent seiner Soldaten, über ein Drittel seiner Bevölkerung und schließlich seine in entgangene Freiheit verloren haben. Montenegro bittet die Regierungen der Großmächte einzuschreiten, damit der Verlegung der Gerechtigkeit unter Wahrung seiner gesamten erworbenen Rechte Einhalt getan wird.

Paris, 12. September. (Gabel.)

Ant „Lerns“ hat die russische Öffentlichkeit nach seine Bezeichnung von Kaiserin des Kaiserreichs Skandinavien erhalten, den man nichtabwendiger für unabweislich hält. Die tschechische Delegation hat noch keine neue Intervention erhalten, da die russische Regierung noch nicht vollständig ist. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß man beiden Staaten die gleiche Press für die Unterzeichnung des Vertrages mit Oesterreich und der Sonderabkommen verweigern wird.

Japan und der Sozialismus. In Tokio ist ein Kongress der Sozialisten des Chens zusammengetreten. Der japanischen Regierung ist dieser Kongress offenbar unangenehm, denn es ist den Betreffenden verboten worden, etwas über die Verhandlungen zu bringen.

Widerruf deutscher Wohnstätten. Wie die Bol. Inf. hören, ist es beabsichtigt, Kaiser Wilhelm Schloss Pommeroy für seine als Wohnstätte in Deutschland zusammenzufassen. Schloss Pommeroy ist, nach den Angaben, die im Entwurf über die Auswanderung zwischen der Krone und Preußen aufgestellt sind, nicht Eigentum von Kaiser Wilhelm, sondern es gehört dem Staate. Die deutsche Lage ist hier inwiefern ganz klar, als die Schlosser im Rheinland und die neuen Wohnungen von jeder der Krone von Staat nur zur Benutzung übergeben werden.

Gesamtbericht vor. In der italienischen Kammer verlas Ministerpräsident Vitti ein Schreiben des Königs von Italien, in dem dieser seinen Wunsch äußert, auf der Weltkriege die Zivilisten und auf die eine Million Zivilisten für die königlichen Mütter und weiter mittel, daß ein großer Teil der im Kampf der Krone lebenden Mütter in den Krieg des Staates übergeführt werden soll, und daß solche Mütter, die Mütter absterben, nationalen Werken zugewährt werden sollen, die dem Krieg gewidmet waren. Diese Punkte sind im Entwurf des Gesetzes abgefaßt.

werden sollen, die dem Krieg gewidmet waren. Diese Punkte sind im Entwurf des Gesetzes abgefaßt.

Die feindseligen Balken.

Ein deutschfeindlicher baltischer Staatenbund.

Witau, 12. Dezember. (M. L. W.)

Zu Ehren der in Riga anwesenden baltischen Diplomaten, von denen die Witauer mit einem Zuge Verhöhnung erlitten, fand ein Festmahl beim Ministerpräsidenten Mannast statt. Dieser begrüßte die Gäste und führte aus, daß der erste Zweck der Zusammenkunft die Befreiung einer militärischen Vereinigung sein müsse, an welche sich politische und ökonomische Vereinbarungen anschließten. Die militärische Vereinigung müsse nicht nur gegen die Bolschewiken, sondern auch gegen andere Feinde gerichtet sein. Der Mannast-Gesandte, Dr. Schupps, führte aus, daß sich die deutsche Gemäßigtheit zu richten habe. Der Minister des Äußeren sagte bei den Reden, die die Hilfe der Entente zu und schloß mit einem Hoch auf den Staatenbund zwischen Estland, Litauen und Lettland und dessen Vorkämpfern, die Militärs. In einem Schreiben an die Vertreter des baltischen und litauischen Reiches legte der Minister des Äußeren, Schupps, die Vorlage des Vertrages vom 29. Dezember 1918 aber das Antragsrecht der deutschen Soldaten fest, die nicht abgeschlossen worden sei.

Die Vertretung Deutschlands.

Berlin, 12. September. (Privat.)

Der deutsche Gesandte in Riga, Freiherr v. Malchow, teilte der tschechischen Regierung mit, daß die diplomatische Hauptvertretung Deutschlands für die baltischen Staaten seinen Sitz in Riga haben werde. Für Estland und Litauen würden nur Bevollmächtigte bestellt werden. Malchow bereitete als deutscher Reichsminister für den Osten die Verhandlungen der tschechischen Regierung an, die die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Lettland obliegt. Von der Beobachtung hängt es ab, ob sich hieraus eine reguläre Gesandtschaft entwickeln wird.

England und die Dominions.

Eine Rede Smuts.

Amsterdam, 12. September.

Smuts' werden aus Kapstadt, daß General Smuts im tschechischen Parlament eine wichtige Erklärung über die durch die Kriegsergebnisse und die Wünsche der Konferenz von Versailles herbeigeführten Veränderungen in den Beziehungen Großbritanniens zu seinen Dominions abgab. Smuts sagte, bis zum Jahre 1918 hätten die britischen Minister alle die Dominions betreffenden Angelegenheiten behandelt und alle darauf beschließenden Dokumente unterzeichnet. Hier sei in Paris eine Wendung eingetreten, als die Vertreter der Dominions zum ersten Male im Namen des Königs den Friedensvertrag unterzeichnet hätten. Diese Wendung bedeute, daß die Vertreter der Dominions in Zukunft im Namen der Dominions auftreten würden. Was den Vorkriegsstand betrifft, so ist es nicht richtig, zu sagen, daß das britische Reich ein Ganzes angehöre. Es habe eine Gruppe, in der Selbstverwaltung diejenige Rechte habe, wie in England. Der Delegierte Selbstverwalter für den Vorkriegsstand werde alsbald ernannt.

Kriegsminister Reinhardt tritt zurück.

Rückkehr zur Armee.

Berlin, 12. September. (M. L. W.)

Der bisherige preussische Kriegsminister, Oberst Reinhardt, ist auf seinen Antrag hin von seiner Stellung als Kriegsminister entlassen worden, da sein Vorkriegsbesitz und seine Anwesenheit im Ausland die Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben unmöglich mache. Reinhardt ist im Ausland. Mit ihm scheidet ein Mann aus dem Amt, der auf verantwortungsvollen und schwierigen Posten in kritischer Zeit die großen Verdienste um die Entloftung der neuen Reichsmacht erworben hat.

Der in seinem Auftreten und seiner loyalen Haltung zur Regierung sympathische Kriegsminister Reinhardt ist nicht mit dem rebellischen Wismarschützenoberst gleichen Namens zu verwechseln, der (noch immer) das Berliner Reichshauptquartier in der Reichshauptstadt 20 beschließt.

Mexikanisches aus Memel.

Wie militärische Revolutionen wirken.

Memel, 12. September. (M. L. W.)

Aus Anlaß der Besetzung des Vorpostens des hiesigen Arbeiterkreises, Sanwald, durch den Führer des hier lebenden Bolschewiken, Hauptmann Schmidt, ist, wie das „Memel-Dampfbuch“ meldet, heute vormittag der Generalkriegsminister erklärt worden. Hauptmann Schmidt hat Schmidt verlassen und nach Litauen übergegangen. Infolge des tschechischen Beschlusses hat einige Zeitungsartikel, Hauptmann Schmidt hat einen Soldaten wegen Nichterscheinens auf der Straße zur Rede geführt. Der Generalkriegsminister, der auch das Ges., Majer, und Elektricitätswerk um-

faßt, soll solange aufrechterhalten werden, bis Schmitt auf Litau zurückgeführt und Hauptmann Schmidt aus Memel entfernt ist.

Die pommerische Gegenrevolution.

Die Agrarier erklären Regierungsverordnungen für ungültig.

Am 2. September hatte der preussische Landwirtschaftsminister eine Verordnung betr. die Einverleibung landwirtschaftlicher Arbeiten“ erlassen, die die Agrarier zum Abschluß von Tarifverträgen mit der Landarbeiterschaft verpflichtete. Das Gelärm, das dieses Vorhaben gegen die Junter in der agrarischen Presse auslöste, hat nun dazu geführt, daß sich die Agrarier gegen die Verordnungen der Landwirtschaftsminister erklärt haben. In der „Rettung“, „Norddeutsche Presse“, die das famose Promissiolemento veröffentlicht, heißt es:

„Die Unterzeichneten halten es für ihre patriotische Pflicht, sich nicht an dieser Rechtsverletzung zu beteiligen; sie lehnen daher die Annahme der Bedingungen ab und bitten ihre Berufsgenossen, zur Abwehr der rechtswidrigen Liebergriffe des Landwirtschaftsministers ebenso zu verfahren.“

Die Namen sind den Lesern vertraut. Die Herren haben sich schon mancherlei geleistet. Diese Ungültigkeitserklärungen einer rechtsgültigen ministeriellen Anordnung heißt aber den Gipfelspann aller der „deutschen Agrarier“ rechtlich dar. Das mitteldeutsche Fernim-Bau-Standpunkte wegen, dem der Abschluß von Tarifen mit den Arbeitern absolut nicht passen will, wird zu Maßnahmen gezwungen, wie sie die Geschichte der latenten deutschen Gegenrevolution noch nicht auszuweisen vermag. Der „Vorwärts“ hat sehr recht, wenn er der „deutschen Agrarier“ anlässlich der Starbender Vorgänge (so die Arbeiterschaft einen alldeutschen Fahnenzug verhindert hatte) angezogen worden war. Das agrarische Wort hatte seiner Zeit über die Starbender Arbeiter mit dieser Forderung die Krone aufgesetzt.

„Die Regierung, die allen diesen geistlichen Anordnungen mit langwieriger Nachsicht zugeht, sollte sich fragen, ob es endlich damit ein Ende haben muß, wenn nicht jede Regierungsautorität zum Kinderpott werden soll.“

Nach diesem Rat weiß die preussische Regierung wenigstens, wie sie sich den Bergberg-Löwin und Konstanten gegenüber zu verhalten hat. Es geht um die „Regierungsautorität“, die, wie das Agrarierwort wünscht, nicht zum Kinderpott werden dürfte!

Kennt Koske die Koske-Erlasse?

Eine berechnete Frage.

Nach einem Interview, das dieser Tage veröffentlicht wurde, hat der Reichswehrminister auf die vielfachen Anfragen in der Presse, wann eigentlich die Vereidigung der Truppen und insbesondere die der Offiziere erfolge, beunruhigt erklärt, „die Vereidigung eile nicht so, da die Offiziere durch Unterdrückung des Verpflichungswortes für die Reichswehr auf die Republik verpflichtet seien.“

Dementgegen steht die Verfügung des Reichswehrministers vom 19. Juni 1919 (Nr. 1018/5, 19, 20), die im „Armee-Berichtsblatt“ vom 23. Juni 1919 veröffentlicht wurde. Unter Ziffer 1, Abs. 3 heißt es:

„Alle Offiziere, aktive Unteroffiziere und aktive Beamte haben den Verpflichungswort nicht zu unterzeichnen.“

Ob Herr Koske über die von ihm gutgeheißenen und unterzeichneten Verfügungen eigentlich noch im Wider oder in es nicht? Diese Frage, die uns von mehreren Seiten aus der Reichswehr vorgelegt wird, ist wirklich sehr berechtigt.

Sprechende Zahlen. Die „Freie Zeitung“ schreibt: „Daß wir vom Zustand billige Lebensmittel haben, ist nicht zu erwarten. Es gibt nur die folgenden Annehmlichkeiten der Kleinhandelspreise, wie sie für einige wichtige Lebensmittel auf dem Pariser Markt gegenwärtig erzielt werden müssen, in deutscher Währung: Danach kostet 1 Pfund Kartoffeln 1,00 Mark, 1 Liter Milch 0,20 Mark, 1 Pfund Butter (norm.) 0,25 Mark, 1 Zentner 2,50, lebende Gänse nach dem Wund 2,75. — Aus dieser niedrigen Auffassung geht hervor, daß alles Streben nach einer Verbilligung der Lebensmittel bei totaler Inflation Arbeit beginnt muß. Denn nur, wenn man nicht mehr produzieren wird, der Wert der Mark wieder steigen.“

Der Wiener Sozialistenkongress. „Telegraf“ meldet aus Paris, daß der sozialistische Kongress in Paris mit einer Mehrheit von 1000 Stimmen beschlossen habe, bei den bevorstehenden Wahlen nicht mit den anderen Parteien zusammenzugehen.

Die Wiener Sozialisten. Aus Wien wird gemeldet: Der Oberbürgermeister erklärt, daß falls die Katholiken seine Kohlen nach Wien lebende, eine Katastrophe im Winter unvermeidlich wäre. Die Verletzung Wien mit Holz würde